

14.05.98

Antrag
des Freistaates Bayern

**Entschlieung des Bundesrates zur Vergemeinschaftung des
Asylrechts und zu einer europäischen Lastenverteilung**

DER BAYERISCHE MINISTERPRÄSIDENT

München, den 14. Mai 1998

B III 1

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsidenten
Gerhard Schröder

Sehr geehrter Herr Prsident!

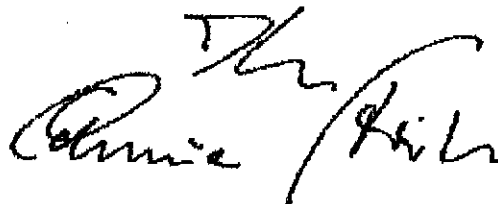
Gemäß dem Beschluß der Bayerischen Staatsregierung übermittle ich die in der
Anlage beigefügte

Entschlieung des Bundesrates zur Vergemeinschaftung
des Asylrechts und zu einer europäischen Lastenverteilung

mit dem Antrag, daß der Bundesrat diese fassen möge.

Ich bitte, die Entschlieung unter Wahrung der Rechte aus § 23 Abs. 3 in
Verbindung mit § 15 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Bundesrates gemäß § 36
Abs. 2 GOBR auf die Tagesordnung der 726. Sitzung am 29. Mai 1998 zu setzen.

Mit freundlichen Gren



Anlage

**EntschlieÙung des Bundesrates zur Vergemeinschaftung des
Asylrechts und zu einer europäischen Lastenverteilung**

Der Vertrag von Amsterdam bringt in Art. 61 Buchst. b i. V. m. Art. 63 Nrn. 1 und 2 EGV (konsolidierte Fassung) die vollständige Vergemeinschaftung der Asylpolitik. Damit wird einem wichtigen Anliegen von Bund und Ländern Rechnung getragen. Die aus den weltweiten Flucht- und Wanderungsbewegungen entstandene Lage macht es nämlich notwendig, das bisherige System zu verlassen, die mit der Aufnahme von politischen Flüchtlingen und Bürgerkriegsflüchtlingen verbundenen Probleme allein durch Regelungen des innerstaatlichen Rechts zu lösen. Eine Vergemeinschaftung der Asylpolitik war und ist dringend geboten.

Darüber hinaus beschließt der Rat nach Art. 63 Nr. 2 Buchst. b EGV die Förderung einer ausgewogenen Verteilung der Belastungen, die mit der Aufnahme von Flüchtlingen und von vertriebenen Personen und den Folgen dieser Aufnahme verbunden ist, auf die Mitgliedstaaten.

Ziel der vergemeinschafteten Asylpolitik muß es sein, für Asylsuchende im gesamten Raum der Europäischen Union gleiche Regelungen zu schaffen, die darauf ausgerichtet sind, die immer noch zu hohe Zahl unberechtigter Asylbewerber in Europa zu reduzieren. Das ist schon im Interesse des inneren Friedens, des wirksamen Schutzes

der Asylsuchenden, aber auch der Integration hilfsbedürftiger Flüchtlinge nötig. Alles andere würde die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, speziell aber Deutschland mit seinem hohen sozialen Standard auf Dauer überfordern.

Der Bundesrat bittet daher die Bundesregierung, sich mit Nachdruck dafür einzusetzen, daß der Rat nach Inkrafttreten des Vertrages von Amsterdam baldmöglichst folgende Maßnahmen beschließt:

- Ein System der Gewährung sozialer Leistungen dergestalt, daß Form, Höhe und Umfang der an Asylbewerber zu erbringenden Leistungen in allen Mitgliedstaaten einheitlich geregelt werden. Ein harmonisiertes Leistungsrecht trägt maßgeblich dazu bei, Sogwirkungen auf einzelne Mitgliedstaaten, insbesondere auf Deutschland, und damit verbundenen überproportionalen Belastungen einzelner Mitgliedstaaten entgegenzuwirken;
- ein möglichst weitgehend angeglichenes, schnelles und rechtsstaatliches Asylverfahren, insbesondere mit Bestimmungen zum rechtlichen Status und zur Kompetenz der Entscheider, zu den Möglichkeiten und Mitteln zur Glaubhaftmachung der Verfolgungsgründe, zur Frage des Rechtsschutzes und zu den Problemen der politischen Betätigung der Antragsteller während des Verfahrens;
- ein System, das für alle Mitgliedstaaten verbindlich die sicheren Drittstaaten und die sicheren Herkunftsstaaten auf der Grundlage der Londoner Beschlüsse vom 30. November/1. Dezember 1992 der für Einwanderungsfragen zuständigen Minister der Mitgliedstaaten der Europäischen Union festlegt.

- Regelungen zur Beendigung des Aufenthalts abgelehnter Asylbewerber, insbesondere hinsichtlich der freiwillig kontrollierten Ausreise und der Abschiebung und
- verbindliche Bestimmungen über die Lastenverteilung und zwar in Form einer Verteilungsregelung nach Quoten, wie das in Deutschland in § 45 AsylVfG geregelt ist. Eine solche gerechte, d. h. an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und an der Bevölkerungszahl eines Mitgliedstaates orientierte Regelung würde nicht nur zum Ausdruck bringen, daß die Europäische Union eine Solidargemeinschaft ist, sie würde darüber hinaus im Gegensatz zu anderen Lösungsmodellen dazu führen, daß ein Asylsuchender keinen Anspruch mehr auf Aufenthalt in einem bestimmten Mitgliedstaat hätte. Das dürfte zu einer Reduzierung der Zahl sog. Wirtschaftsflüchtlinge führen.

10.07.98

Beschluß
des Bundesrates

Entschlieung des Bundesrates zur Vergemeinschaftung des
Asylrechts und zu einer europäischen Lastenverteilung

Der Bundesrat hat in seiner 728. Sitzung am 10. Juli 1998 die Entschlieung in der
aus der Anlage ersichtlichen Fassung angenommen.

Anlage

Entschlieung des Bundesrates zur Vergemeinschaftung des
Asylrechts und zu einer europäischen Lastenverteilung

Der Vertrag von Amsterdam bringt in Art. 61 Buchst. b i.V.m. Art. 63 Nr. 1 und 2 EGV (konsolidierte Fassung) die vollständige Vergemeinschaftung der Asylpolitik. Damit wird einem wichtigen Anliegen von Bund und Ländern Rechnung getragen. Die aus den weltweiten Flucht- und Wanderungsbewegungen entstandene Lage macht es nämlich notwendig, das bisherige System zu verlassen, die mit der Aufnahme von politischen Flüchtlingen und Bürgerkriegsflüchtlingen verbundenen Probleme allein durch Regelungen des innerstaatlichen Rechts zu lösen. Eine Vergemeinschaftung der Asylpolitik war und ist dringend geboten.

Darüber hinaus beschließt der Rat nach Art. 63 Nr. 2 Buchst. b EGV die Förderung einer ausgewogenen Verteilung der Belastungen, die mit der Aufnahme von Flüchtlingen und von vertriebenen Personen und den Folgen dieser Aufnahme verbunden ist, auf die Mitgliedstaaten.

Ziel der vergemeinschafteten Asylpolitik muß es sein, für Asylsuchende im gesamten Raum der Europäischen Union gleiche Regelungen zu schaffen, die darauf ausgerichtet sind, die immer noch zu hohe Zahl unberechtigter Asylbewerber in Europa zu reduzieren. Das ist schon im Interesse des inneren Friedens, des wirkamen Schutzes der Asylsuchenden, aber auch der Integration hilfsbedürftiger Flüchtlinge nötig. Alles andere würde die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, speziell aber Deutschland mit seinem hohen sozialen Standard auf Dauer überfordern.

In Artikel 63 Nr. 3 des Amsterdamer Vertrages sind nicht nur Fragen des Asylrechts, sondern auch Fragen der Einwanderungspolitik angesprochen. Hierdurch wird deutlich, daß gemeinsame einwanderungspolitische Maßnahmen und Zugangsregelungen für Drittstaatsangehörige erforderlich sind.

Der Bundesrat bittet daher die Bundesregierung, sich mit Nachdruck dafür einzusetzen, daß der Rat nach Inkrafttreten des Vertrages von Amsterdam baldmglich folgende Maßnahmen beschließt:

- Gemeinsame Mindeststandards sozialer Leistungen für Asylbewerber und vertriebene Personen, denen vorübergehender Schutz gewährt wird. Ein

harmonisiertes Leistungsrecht trägt maßgeblich dazu bei, Sogwirkungen auf einzelne Mitgliedstaaten entgegenzuwirken;

- ein möglichst weitgehend angeglichenes, schnelles und rechtsstaatliches Asylverfahren, insbesondere mit Bestimmungen zum rechtlichen Status und zur Kompetenz der Entscheider, zu den Möglichkeiten und Mitteln zur Glaubhaftmachung der Verfolgungsgründe und zur Frage des Rechtsschutzes;
- ein System, das für alle Mitgliedstaaten verbindlich die sicheren Drittstaaten und die sicheren Herkunftsstaaten auf der Grundlage der Londoner Beschlüsse vom 30. November/1. Dezember 1992 der für Einwanderungsfragen zuständigen Minister der Mitgliedstaaten der Europäischen Union festlegt;
- Regelungen zur Beendigung des Aufenthaltes abgelehnter Asylbewerber, insbesondere hinsichtlich der freiwillig kontrollierten Ausreise und der Abschiebung und
- verbindliche Bestimmungen über die Lastenverteilung und zwar in Form einer Verteilungsregelung nach Quoten, wie das in Deutschland in § 45 AsylVfG geregelt ist. Eine solche gerechte, d. h. an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und an der Bevölkerungszahl eines Mitgliedstaates orientierte Regelung würde hinreichend zum Ausdruck bringen, daß die Europäische Union eine Solidargemeinschaft ist.